

# Investorenwarnung: Geldgeschäfte werden teurer

In der Finanzindustrie rumort es. Zahlreiche neue Vorschriften sind in Kraft getreten oder stehen in den Startlöchern. Wahrscheinlich haben Anleger davon noch gar nichts mitbekommen. Aber das Umsetzen der strengen Gesetze lässt bei Finanzdienstleistern die Köpfe rauchen. Und strapaziert deren Budgets. Denn was die Europäische Union alles fordert, ist in der Praxis aufwendig und teuer.

**P**apier ist bekanntlich geduldig. Am Schreibtisch sind neue Gesetze schnell geschrieben. Fern des Alltags denken sich Beamte in Brüssel neue Regeln aus, die dann von praxisfernen EU-Abgeordneten beschlossen werden. Dass deren Umsetzung in die Praxis zu massiven Problemen führt, hat der europäische Gesetzgeber schon mitbekommen. Mehr als einmal musste die Anwendung eines Gesetzes bereits verschoben werden. Theorie und Praxis sind nun einmal zwei verschiedene Paar Schuhe.

Die große Überschrift über all den vielen neuen Gesetzen lautet Anlegerschutz und Transparenz. Darauf haben Anlegerinnen und Anleger selbstverständlich ein Anrecht. Natürlich ist wirksamer Anlegerschutz wichtig und darf daher auch etwas kosten. Aber wessen Geld darf er kosten? Auch das der Kunden? Sind Anleger tatsächlich bereit, für ihren Schutz zu bezahlen?

**ANLEGERSCHUTZ IST NICHT GRATIS**  
Über kurz oder lang werden Konsumenten für das hohe Maß an Transparenz und Anlegerschutz zur Kassa gebeten werden. Denn das Einhalten der vielen neuen Gesetze kostet Banken, Versicherungen und Wertpapierunternehmen enorm viel Geld. Personalkosten, die insbesondere in den Rechts- und Compliance-Abteilungen anfallen, Kosten für komplexe IT-Systeme und Kosten für laufende Schulungen der Mitarbeiter. Kosten, die zwar auch schon heute anfallen, aber angesichts



**ANDREAS DOLEZAL**, Unternehmensberater und Compliance-Experte

der umfangreichen neuen Pflichten geradezu explodieren.

Noch haben Anleger bei ihren Geldgeschäften davon vermutlich wenig bemerkt. Das eine oder andere Formular wurde geändert, ist dazugekommen oder dicker geworden. Früher haben Kunden zum Beispiel beim Kauf eines Wertpapiers 40 Seiten Papier vorgelegt bekommen – und meist ungelesen unterschrieben. Zukünftig sind es eben 60 Seiten Papier, die blind unterschrieben werden. So what!? Aber gerade in diesen 20 Seiten zusätzlichem Papier steckt unglaublich viel Hirnschmalz und teurer Aufwand. Und der will bezahlt werden.

## **KONSUMENTENWARNUNG: ALLES WIRD TEURER**

Wer jetzt denkt, das alles betreffe sie

oder ihn nicht, weil außer dem Sparbuch eh keine Geldanlage getätigt wird und schadenfroh lächelt, weil sich Finanzdienstleister diese Suppe selbst eingebrockt haben, täuscht sich. Die von der EU erdachten Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung bescheren zahlreichen Branchen, beispielsweise Rechtsanwälten, Steuerberatern sowie Handel und Gewerbe, schon heute großen organisatorischen Aufwand. Und spätestens mit der im Mai 2018 kommenden Datenschutz-Grundverordnung, kurz DSGVO, der EU weitet sich das Problem der teuren, bürokratischen Maßnahmen im Sinne von Transparenz und Konsumentenschutz auf alle Unternehmen aus. Von der DSGVO sind von A wie Autohandel über P wie Pizza-Lieferservice bis Z wie Zahnarzt wirklich alle betroffen.

Nicht zu vergessen: Das Einhalten all dieser neuen Vorschriften muss auch überwacht werden. Finanzmarktaufsicht, Gewerbeaufsicht, Datenschutzbehörde und viele mehr müssen dazu ihr Personal aufstocken und schulen.

## **WER ZAHLT DIE TEUREN IDEEN DER EUROPÄISCHEN UNION?**

Letztendlich werden wir Konsumenten die Rechnung bezahlen. Anleger ebenso wie Klienten von Steuerberatern und Patienten von Zahnärzten und Kunden von Autohändlern. Anleger- und Konsumentenschutz, wie von der EU gefordert, kostet eben Geld. Hoffen wir, dass es gut investiert ist.